

- 1 -

Rede der Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann
anlässlich der Sondersitzung des Rates der Stadt Bonn
am 17.09.2009

- Es gilt das gesprochene Wort -

I.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Stadtverwaltung legt heute einen Sachstandsbericht zum World Conference Center Bonn vor.

Und sie beantwortet in der Beratungsvorlage Fragen, die von Fraktionen oder einzelnen Mitgliedern des Rates gestellt worden sind

- soweit uns das vor dem Hintergrund des von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Ermittlungsverfahrens möglich ist und unter Beachtung unserer Pflicht, nichtöffentliche Tatbestände auch als solche zu behandeln.

Die Verwaltung tut dies auch in der Erwartung, zur Versachlichung der Diskussion in Politik und Öffentlichkeit beizutragen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Lage um das Konferenzzentrum ist dramatisch.

Das Eingreifen der Justiz zeigt, dass es den Verdacht des „Betrugs in einem besonders schweren Fall zum Nachteil der Stadt“ und der Projektgesellschaft gab.

Wir müssen also von kriminellen Machenschaften sprechen.

Die Staatsanwaltschaft hat erklärt, dass nicht gegen städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermittelt wird. Darüber bin ich sehr froh.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Sie ist das für die Aufklärung von Straftaten zuständige Organ.

Wir unterstützen diese Arbeit ohne Wenn und Aber, uns eint der gemeinsame Aufklärungswille.

Das Ermittlungsverfahren ist hochsensibel. Es darf nicht durch leichtfertiges Gerede gefährdet oder gar torpediert werden.

Die Stadtverwaltung wird deshalb öffentliche Äußerungen zum Projekt nur nach enger Abstimmung mit dem die Stadt vertretenden Anwälte abgeben. Die Mitglieder des Rates sind Mitglieder eines Verwaltungsorgans. Sie sind dem Wohl der Stadt und damit auch zur Verschwiegenheit verpflichtet, wenn Äußerungen der Stadt schaden könnten.

Oberstaatsanwalt Apostel hat soeben in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz eindringlich darauf hingewiesen.

II.

Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt der Diskussion:

Was ist jetzt zu tun, und wie konnte es zu dieser Situation kommen?

In Einem sind wir uns sicher einig:

Es gibt keine verantwortliche Alternative zur Fertigstellung und zu einem erfolgreichen Betrieb des Konferenzzentrums.

Daher muss unser Handeln darauf gerichtet sein, dass das Projekt so schnell wie möglich und solide finanziert zu Ende gebaut werden kann.

Wir sind kurz vor der Fertigstellung und deshalb arbeiten bereits im Auftrag und in enger Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung namhafte Beratungsinstitutionen und Anwaltskanzleien daran, welche Optionen möglich und aus juristischen und wirtschaftlichen Gründen zu favorisieren sind, um das Projekt zu vollenden.

Die zweite Frage ist: Wie konnte es dazu kommen?

Das, was wir heute wissen, steht in einer ersten Zusammenfassung im Bericht der Stadtverwaltung.

Wir erhoffen uns von den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft mit ihren Möglichkeiten umfassende Erkenntnisse über alle die Vorgänge.

Ich kann auch die Frage verstehen, ob der mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossene Weg einer privaten Investorenlösung statt eines kommunalen Projektes der richtige war.

Ich darf aber in diesem Zusammenhang auch an zwei Projekte hier in Bonn erinnern, die in öffentlicher Regie gebaut worden sind:

Die Baukosten des Landesmuseums (Bauherr Landschaftsverband) verdoppelten sich und die Zeitphase bis zur Fertigstellung dehnte sich erheblich.

Das heute von allen hochgeschätzte Kunstmuseum Bonn wurde Anfang der 90er Jahre um zwei Drittel der Ursprungssumme teurer.

Es kostete keine 60 Mio. DM, sondern am Ende über 100 Mio. DM. Damals war es ein schlagzeilenschwerer kommunaler Finanzierungsskandal, heute sind die Bonner stolz auf ihr Museum.

Bleibt die Frage, ob es unternehmerisches Unvermögen oder allein kriminelle Machenschaften waren, die das World CC Bonn in die heutige Schieflage gebracht haben.

Wir müssen beide Möglichkeiten in Betracht ziehen.

Gegen mögliche Täuschung ist niemand gefeit, gegen kriminelle Machenschaften erst recht nicht.

Aber wir haben auch keine Kultur des grundsätzlichen Misstrauens, auch nicht in der Wirtschaft, denn:

Partner brauchen Vertrauen zueinander, damit sie gemeinsam etwas auf den Weg bringen können. Das gilt nicht nur für große Projekte wie das WCCB.

Das gilt auch für die Zusammenarbeit innerhalb des Rates, innerhalb der Verwaltung und zwischen Rat und Verwaltung.

III.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wer 15 Jahre an der Spitze einer Stadt steht, in einem oft rauen, oft auch Kräftezehrenden politischen Alltag, macht auch Fehler.

Wer keine Fehler macht, ist ein Übermensch.

Kritik ist unverzichtbar. Sie ist besonders nützlich, wenn sie weiterführt und neue Perspektiven eröffnet.

Dann ist sie ein Teil des Erfolges.

Ich stelle mich der Kritik.

Ich wundere mich aber, wie viele, die gestern Hurra gerufen haben, heute reden, als fehlten ihnen bestimmte Erinnerungen.

Wir müssen alle zu unserer Verantwortung stehen. Niemand sollte aber so tun, als habe man gestern wissen können, was wir heute wissen.

Ich habe an jedem Tag meiner Amtszeit gewusst, was ich den Menschen in dieser Stadt schuldig bin.

Das gilt auch für die letzten 33 Tage meiner Amtszeit.

Ich lese zurzeit in den Zeitungen sehr viel über politische Verantwortung.

Verantwortung heißt für mich:

- Zu stehen und nicht zu gehen;
- Probleme anzupacken und nicht abzutauchen.

Ich habe Verantwortung übernommen als es darum ging,

- den Strukturwandel in Bonn zu organisieren;
- Bonn zur deutschen Stadt der Vereinten Nationen zu machen;
- weltweit bedeutende Unternehmen hier fest zu verankern und
- – was mir besonders wichtig war - gemeinsam mit Kirchen und freien Trägern vorbildliche Angebote für Bildung, Erziehung, und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für diese Stadt zu entwickeln.

Ich stand auch in schwierigen Situationen zu meiner Verantwortung

- z.B. bei den Auseinandersetzungen um die dritte Gesamtschule,
- z.B. bei der Schadstoffsanierung unserer Schulen;
- z.B. als in den Haushalt der Stadt ein 300 Mio. Loch gerissen wurde.
- Ich stand zu meiner Verantwortung, als die Stadt von ihrer schwersten politischen Krise im Jahr 2001 erschüttert wurde.
- Damals richteten sich die Ermittlungen der Justiz u.a. gegen ein Mitglied dieses Rates. Damals wurde das Mitglied dieses Rates in Untersuchungshaft genommen.
- Viele von Ihnen waren dabei; wissen: Diese Krise drohte die politische Substanz unserer Stadt zu zerstören. Trotz schwerer See war für mich ein fairer Umgang mit Allen auch damals Leitlinie meines Handelns!

Ich bleibe auch jetzt in meiner Verantwortung.

Ich werde mich nicht in einer schwierigen Situation aus meiner Verantwortung stellen. Ich habe das 15 Jahre lang nicht getan und werde dies auch nicht in meinen letzten Tagen meiner Amtszeit tun.

Das ist meine Pflicht und meine Verpflichtung gegenüber den Menschen dieser Stadt.